



Stiftung der Deutschen Wirtschaft

▲ Wir fördern den Nachwuchs!

BAYREUTHER GESPRÄCHSKREISE



Ein Projekt der Stipendiatengruppe Bayreuth
der Stiftung der Deutschen Wirtschaft.

GRUSSWORT DES OBERBÜRGERMEISTERS DER STADT BAYREUTH

**Liebe Stipendiatengruppe,
liebe interessierte Bürgerinnen und Bürger,**



die Bayreuther Stipendiatengruppe der Stiftung der Deutschen Wirtschaft leistet mit ihrer Veranstaltungsreihe „Bayreuther Gesprächskreise. Unternehmen & Verantwortlichkeit“ einen wichtigen Beitrag. Sie informiert interessierte Bürgerinnen und Bürger über relevante gesellschafts- und wirtschaftspolitische Themen, die mit hochkarätigen Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit diskutiert werden.

Zur Sprache kommen dabei die Ethik von Betriebsräten, ob und wie deutsche Schulen ihre Schüler auf das Berufsleben vorbereiten oder jetzt kürzlich die weltweite Finanzkrise. All das sind Themen, die die Menschen bewegen – gerade in der heutigen Zeit, wo viele um ihren Arbeitsplatz bangen, viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz da stehen und kleine und große Unternehmen ums Überleben kämpfen.

Besonders wichtig ist es, darüber zu reden, über die Probleme und Sorgen, über Lösungen und Alternativen. Und die Stipendiatengruppe tut es, sie spricht darüber. Dafür möchte ich ihr danken und wünsche ihr, dass die „Bayreuther Gesprächskreise“ zu einer festen Institution werden.

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Michael Hohl". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Dr. Michael Hohl
Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth

ÜBER UNS

I. Stipendiatengruppe Bayreuth

Als Stipendiaten der Stiftung der Deutschen Wirtschaft engagieren wir uns auf lokaler Ebene, um im Sinne des Leitbildes unserer Stiftung unternehmerisches Denken und Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung zu stärken. Seit Dezember 2004 existiert unsere Stipendiatengruppe in Bayreuth. Sie ist damit eine der jüngeren von insgesamt ca. 50 Regionalgruppen in Deutschland. Die Bayreuther Gruppe wird betreut von Prof. Dr. Dr. Alexander Brink und Vertrauensmanager Bankbetriebswirt Ralf Meyer.

Bereits in der kurzen Zeit seit der Gründung konnte sich die Gruppe durch ihr besonderes Engagement auszeichnen. So gelang es im Jahr 2005 eine Förderung von 30.000 Euro für die Realisierung des Projektes „Herausforderung Unternehmertum“ zu erhalten. Im Rahmen des Projektes wurde einer breiten Öffentlichkeit bewusst gemacht, wie wichtig Lust am Unternehmertum gerade in einer eher strukturschwachen Region wie Oberfranken ist. Zielgruppen waren Gymnasiasten, Studenten, Unternehmer und Politiker aus Bayreuth und Umgebung. In Planspielen, Workshops und Podiumsdiskussionen setzten sie sich mit dem Begriff „Unternehmertum“ und der Rolle von Unternehmern in der Region auseinander: Welche Chancen haben Unternehmer in Oberfranken? Wie gestalten sie ihr gesellschaftliches Umfeld aktiv mit? Wie kann man selbst zum Unternehmer werden?

Mehr Information über die Stipendiatengruppe Bayreuth können Sie über www.sdw-bayreuth.de erfahren.

II. Das Projektteam Bayreuther Gesprächskreise Unternehmen und Verantwortlichkeit

Valentina Ahl, Sebastian Bock, Malte-Frédéric Dold, Nils Dreyer, Marc Philip Greitens, Anna Heller, Roland Hesse, Lars Heyne, Mandy Offel, Friederike Quack, Judith Rudolph, Maximilian Schwefer, Jörg Viebranz, Levin-Friedrich von Bismarck, Christine Wilhelm

III. Stiftung der Deutschen Wirtschaft

Die Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw) fördert im Studienförderwerk Klaus Murmann – einem der elf deutschen Begabtenförderwerke – Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen, die als Stipendiaten der sdw finanziell und ideell gefördert werden.



Die sdw fördert aktuell etwa 1200 besonders leistungsstarke und engagierte Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen. Die finanzielle und ideelle Förderung hilft den Stipendiaten, ihr überdurchschnittliches Potenzial auszuschöpfen und zu Leistungs- und Verantwortungsträgern von morgen zu werden. Unternehmerisches Denken und Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung zu entwickeln und zu unterstützen ist dabei ein besonderes Anliegen der sdw.

Mehr Information über die Stiftung der Deutschen Wirtschaft und das Studienförderwerk Klaus Murmann können Sie über www.sdw.org erfahren.

ÜBER DAS PROJEKT

Die (soziale) Verantwortung von Unternehmen wurde in den vergangenen Jahren zunehmend zum Gegenstand des öffentlichen und politischen Diskurses. Während sich der Staat aus bestimmten Bereichen mehr und mehr zurückzieht, stellt sich die Frage, wer die hinterlassene Lücke zukünftig ausfüllen wird.

Gerade im Zuge von Produktionsverlagerungen und Werksschließungen (z.B. AEG/Electrolux in Nürnberg) bleiben viele Fragen nach wie vor unbeantwortet. Dabei findet die Verantwortlichkeit von Unternehmern und Unternehmen nicht allein in der Diskussion um Outsourcing Eingang – sie ist vielmehr ein omnipräsentes, facettenreiches Thema. Dieses wollten wir im Rahmen der Bayreuther Gesprächskreise „Unternehmen und Verantwortlichkeit“ tiefer ergründen!

In einer offen konzipierten Veranstaltungsreihe diskutierten wir unterschiedliche Dimensionen der Verantwortlichkeit von Unternehmen gemeinsam mit Unternehmensvertretern und engagierten Studenten. Unsere Aufgabe sahen wir dabei darin, zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit Aspekte dieses gesellschaftlich und wissenschaftlich relevanten Themas zu moderieren.

Schirmherr der „Bayreuther Gesprächskreise Unternehmen und Verantwortlichkeit“ ist der amtierende Oberbürgermeister in Bayreuth, Dr. Michael Hohl.

Inhaltlicher Leitfaden bei jeder Veranstaltung waren die folgenden Fragen:

- Wie sieht unternehmerische Verantwortungsübernahme diesbezüglich aus?
- Hat es in den vergangenen Jahren massive Umbrüche gegeben, die ein Überdenken rechtfertigen?

- Ist die derzeitige unternehmerische Verantwortungsübernahme heute noch angemessen?

In der Umsetzung bemühten wir uns, unterschiedliche Facetten und Aspekte der Themen durch die Auseinandersetzung mit möglichst konträren Meinungsvertretern näher zu beleuchten. Moderiert durch uns Studenten selbst, trugen wir dafür Sorge, dass allen Standpunkten, aber auch den interessierten Zuhörern genügend Raum zur Partizipation eingeräumt wurde.

Damit die thematische Auseinandersetzung nicht unmittelbar nach der Diskussionsrunde endet, wurden Protokolle der Veranstaltungen bereits im Internet veröffentlicht (www.bayreuther-gespraechskreise.de). Außerdem soll die vorliegende Broschüre einen Überblick über die behandelten Themen vermitteln und deren Diskussion dokumentieren.

Diese „Kulisse“ wurde von uns gewählt, weil wir der Meinung sind, dass der Grad der Einbindung gerade bei hoch brisanten Themen mit stark konträren Positionen am größten ist. Wir glauben, auf diese Weise gegen eine oft benannte „Politikverdrossenheit“ anzuarbeiten, indem wir Betroffene zu Beteiligten machen.



„DIE ETHIK VON BETRIEBSRÄTEN“

1. Veranstaltung der Bayreuther Gesprächskreise Unternehmen & Verantwortlichkeit, 11. Juli 2007

Referenten:

Helmut Wunder: Mitglied des Aufsichtsrates der Hypo-Vereinsbank und langjähriges Mitglied des Betriebsrates.

Franz Brosch: Geschäftsführer der Vereinigung der bayrischen Wirtschaft in Oberfranken.

Moderation:

Levin-Friedrich von Bismarck: Student der Rechtswissenschaften und Stipendiat im Studienförderwerk Klaus Murmann der Stiftung der Deutschen Wirtschaft.

Die Aufgaben des Betriebsrats sind im Betriebsverfassungsgesetz geregelt. Er ist damit eine feste Institution in Deutschland, deren Aufgabe es ist, sozial schwache Arbeitnehmer zu schützen. Als Organ der Arbeitnehmerschaft trägt der Betriebsrat zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Interessen der Arbeitnehmer bei, sorgt dafür, dass Abmachungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerschaft eingehalten werden, und regelt Arbeitszeiten, Beschäftigungen und Neuanstellungen. Er verfügt dabei über ein Mitbestimmungsrecht von 50%. In ähnlicher Form wie in Deutschland gibt es Betriebsräte in Europa lediglich in Österreich und Luxemburg. In anderen europäischen Ländern vertreten die Gewerkschaften die Arbeitnehmerschaft bzw. in Osteuropa gibt es keinerlei Organ der Ar-

beitnehmer. In unserer Veranstaltung sollte es darum gehen zu erfragen, ob und inwiefern das deutsche System des



Betriebsrats gerade im Zeichen von Globalisierung zukunftsfähig ist.

Betriebsräte arbeiten entweder ehrenamtlich oder freigestellt; ab einer Unternehmensgröße von 200 Mitarbeitern ist der Arbeitgeber verpflichtet, ein Betriebsratsmitglied freizustellen. Die Amtszeit des Betriebsrats beträgt vier Jahre. Kontrolle kann insofern über den amtierenden Betriebsrat ausgeübt werden, als er bei nicht zufriedenstellender Arbeit nicht wiedergewählt wird oder bei gravierenden Vergehen des Amtes enthoben werden kann. Die Gewerkschaften haben für den Betriebsrat insofern eine Bedeutung, als sie ihn in juristischen Fragen beraten. Helmut Wunder erläuterte, dass der Einfluss der Gewerkschaften in Betriebsräten insgesamt jedoch gering sei: In kleinen Unternehmen findet Persönlichkeitswahl statt, in großen Listenwahl. Auf den Listen stehen freie Kandidaten und Kandidaten der Gewerkschaften zur Wahl, die Mehrzahl ist in der Regel allerdings frei und nur auf ihre Betriebsratsmitglieder können die Gewerkschaften Einfluss nehmen. Franz Brosch wies aber darauf hin, dass z.B. in Oberfranken der Einfluss der Gewerkschaften ausgesprochen groß sei, und verwies zudem auf das Ungleichgewicht bei Verhandlungen, da Gewerkschaften und Betriebsrat stets gemeinsam gegenüber dem Unternehmer Position bezögen. Bei einer Unternehmensgröße von nur knapp über

200 Mitarbeitern könne der Arbeitgeber zudem unter Umständen den Betriebsrat als eine zu teure Belastung für sein Unternehmen empfinden, insbesondere wenn dieser zusätzliche Forderungen z.B. nach einer eigenen Sekretärin stellt. So können Spannungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat entstehen, die zumeist erst in der folgenden Betriebsratsgeneration gelöst werden können. Eine andere Schwierigkeit ergebe sich daraus, dass eine Freistellung des Betriebsrats für vier Jahre die Rückkehr in den eigentlichen Beruf erschweren oder unmöglich machen kann.



Auf die Frage, ob sich die heutigen Betriebsräte von denen der 70er Jahre – der Zeit, in der sich in Deutschland die Betriebsräte in der Form ausbildeten, wie wir sie

heute kennen – unterscheiden, antwortete Helmut Wunder mit nein, da sich das Betriebsverfassungsgesetz seitdem nicht geändert habe. Aus dem Publikum kam zu dieser Frage die Anmerkung, dass die Arbeit von Betriebsräten und Arbeitgebern professioneller und disziplinierter geworden sei und stärker auf eine geeignete Ausbildung des Betriebsrats geachtet werde. Bemängelt wurde, dass es früher selbstverständlich gewesen sei, als Arbeitnehmer in einer Gewerkschaft zu sein, heute dieser Solidaritätsgedanke jedoch weitaus weniger verbreitet sei. Außerdem wurde angemerkt, dass sich die Arbeitgeber verändert hätten:

Sie gehen nicht mehr in die Betriebe und haben vergessen, dass die Arbeitnehmer ihr größtes Kapital sind. Umgekehrt engagierten sich seit den 90er Jahren allerdings viele Unternehmer verstärkt in der Unterstützung ihrer Betriebsräte, was zuvor vor allem Aufgabe der Gewerkschaften war. Das Ziel hierbei sei, dem Einfluss der Gewerkschaften ein Alternativangebot entgegenzustellen und so eine freie Wählerschaft im Unternehmen aufzubauen.

Eine weitere Frage lautete, ob es möglich sei, die Bestechung von Betriebsräten, wie in jüngster Zeit bei Siemens und VW, durch strengere gesetzliche Regelungen grundsätzlich zu verhindern. Bei Siemens wurde den Betriebsratsmitgliedern mit Kündigung gedroht, bei VW wurde der ganze Betriebsrat gekauft. Als problematisch wurde hier vor allem gesehen, dass keinerlei politisches Interesse an einer strengeren Regelung zu bestehen scheine. Helmut Wunder machte zudem klar, dass sich die Bestechung von Betriebsräten nicht grundsätzlich verhindern lasse. Mehrfach wurde aber betont, dass es sich bei den Vorfällen bei VW und Siemens um Einzelfälle handle und die Aufdeckung dieser Vorkommnisse zur Bereinigung beitrage. Auf die Frage, was gerade vor dem Hintergrund drohender Standortschließungen ein No-Go-Kriterium für einen Betriebsrat sei, wurden verschiedene Antworten gegeben. Wichtig sei es, sein Gesicht zu wahren und nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden sowie das Betriebsverfassungsgesetz als Orientierung zu nehmen. Eine andere Orientierungshilfe könne die jeweilige Kultur des Unternehmens, des Betriebsrats oder der Personalleitung bieten. Insgesamt betonte Helmut Wunder vor allem, dass der Betriebsrat nicht Gegner, sondern Mitspieler des Unternehmers sei



und genauso wie dieser am Erhalt des Standorts Deutschland interessiert sei. Er forderte, dass man Entscheidungen nicht einfach abnicken dürfe, sondern dafür so wie für eigene Fehler und Vergehen haften müsse. Außerdem unterstrich er die Bedeutung einer fachlichen und persönlichen Eignung für das Amt des Betriebsrats.

Franz Brosch fragte, ob ein so hohes Mitbestimmungsrecht, wie es der Betriebsrat in Deutschland hat, wirklich nötig sei und ob es nicht auch andere Formen der Arbeitnehmervertretung neben der des Betriebsrats geben könne. Er forderte Fristen bei Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat, da es wichtig sei, dass ein Unternehmer über Entscheidungsmöglichkeiten verfügt. Für die Zukunft sah er eine zentrale Rolle des Betriebsrats bei außertariflichen Lohnverhandlungen, jedoch wurde hier aus dem Publikum angemerkt, dass es fraglich sei, ob Haustarife in jedem kleineren Betrieb erstrebenswert seien und ob so nicht, z.B. durch Service-Gesellschaften, eine Zweiklassengesellschaft in der Arbeitnehmerschaft entstehen könne.

Ein Fazit im Sinne einer klaren Entscheidung für oder gegen die Institution Betriebsrat bzw. für oder gegen alternative betriebsinterne Regelungen der Arbeitnehmervertretung wurde in dieser Veranstaltung (was sicherlich in der komplexen Natur des Themas liegt) nicht gezogen. Um der Versuchung, Bestechung anzubieten oder anzunehmen, entgegenzuwirken, sind schließlich sowohl Gesellschaft und Politik als auch der jeweilige individuelle Akteur gefragt.

„VERLIEREN DIE SCHULEN DEN VERSTAND...ZUR WIRTSCHAFT?“

2. Veranstaltung der Bayreuther Gesprächskreise Unternehmen & Verantwortlichkeit, 13. November 2007

Referenten:

Oskar Brückner: Zuletzt an der Albert-Schweizer Hauptschule tätig; 1990 – 94 Landtagsabgeordneter der Grünen; seit 2,5 Jahren für den Vorsitz der GEW (Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft) vom Lehrdienst beurlaubt; seit 2002 als Unabhängiger in der Grünen und Unabhängigen Fraktion im Stadtrat.

*Franz Eller: Seit 35 Jahren bei der KSB tätig; Betriebsführer und Personalleiter an verschiedenen Standorten; Ausbildungsleiter der drei Produktionsstätten in Deutschland, u.a. in Pegnitz; Verbandsmitglied der bayrischen Metall- und Elektroindustrie.
Der KSB Konzern zählt mit einem Umsatz von über 1,6 Milliarden Euro zu den weltweit führenden Anbietern von Pumpen, Armaturen und zugehörigen Systemen. In Deutschland bietet der Konzern 260 Ausbildungsplätze an.*

Brigitte Tremel: Arbeitete 19 Jahre als Lehrerin; seit 1995 in der Schulaufsicht tätig, dort verantwortlich für Lehr-

erfortbildung; Vorsitzende im Arbeitskreis Schule–Wirtschaft.

Hermann Zeitler: Arbeitete 29 Jahre an der Hauptschule in Creußen und war Konrektor in Bindlach; Leiter des Medienzentrums am Landratsamt; moderiert eine Musiksendung auf Radio Mainwelle.

Moderation:

Valentina Ahl: Studentin der Bio-Chemie im 5. Semester und Stipendiatin im Studienförderwerk Klaus Murmann der Stiftung der Deutschen Wirtschaft.

Die seit der Veröffentlichung der PISA-Studie anhaltende Diskussion um die Qualität und Gerechtigkeit des deutschen Schulsystems führt zwangsläufig auch zu der Frage, wie das Leben nach der Schule weitergeht. Denn Schule findet nicht im leeren Raum statt, sondern schafft essentielle Voraussetzungen für die persönliche Entwicklung und die weitere berufliche Ausbildung der Schüler. Insbesondere Kinder aus sozial schwachen Familien oder Schüler mit Lern- und Aufmerksamkeitsstörungen sind die Leidtragenden, wenn Schule diesen Aufgaben nicht gerecht wird. Und tatsächlich scheint hier etwas im Argen zu liegen, denn in Deutschland verlässt heute ein Viertel aller Schüler die Schulen ohne ausreichende Ausbildungsreife oder – je nach Statistik – gelten sogar bis zu 50 % der deutschen Schüler als nicht ausbildungsfähig. Darüber hinaus werden immer mehr Stimmen aus der Wirtschaft laut, die das vorgefundene Bildungsniveau der Absolventen (auch derer mit Schulabschluss) bemängeln. Schule,



so der Vorwurf, bilde nicht mehr den nachgefragten Kompetenzen gemäß aus. Besonders betroffen sei hiervon die Hauptschule. Die

Fragen zu ergründen, wie es zu dieser Situation kommen konnte, wie und von wem der status quo verbessert werden kann und wie sich insbesondere die Situation der Schulabsolventen in Bayern und Franken darstellt, war das Ziel dieser Podiumsdiskussion. Als Auftakt der Veranstaltung wurde der Kurzfilm *Mit Pferden kann man nicht ins Kino gehen* gezeigt, in dem Kinder und Jugendliche von ihrem Traumberuf und ihren Zukunftsplänen erzählen. Im Anschluss daran ging es in der Podiumsdiskussion darum, welche Möglichkeiten Jugendliche haben, ihre Träume zu verwirklichen, und von welchen Akteuren sie hierbei Unterstützung erhalten.

Zunächst ging es darum, den recht schwammigen Begriff „Ausbildungsreife“ zu klären. Dieser beinhaltet drei Komponenten: fachliche und soziale Kompetenzen sowie Methodenkompetenz, worunter z.B. der Umgang mit dem PC oder Internet zu verstehen ist. Brigitte Tremel betonte, dass ihr der Begriff „Ausbildungsfähigkeit“ lieber sei, da es sich hierbei um einen dynamischen Begriff handele und so besser betont werde, dass es darum gehe, an und mit den eigenen Fähigkeiten zu arbeiten. Einen Grund für die mangelnde Ausbildungsfähigkeit mancher Hauptschüler sah sie darin, dass an der Hauptschule aufgrund der kurzen Schulzeit bereits sehr früh eine Entscheidung für einen Beruf getroffen werden muss und viele Schü-

ler diese wichtige Entscheidung in der persönlich schwierigen Phase der Pubertät treffen. Franz Eller fügte hinzu, dass die Situation der Auszubildenden nicht so problematisch sei, wie sie oft in den Medien dargestellt werde, sondern dass durchaus eine große Zahl der Auszubildenden die oben genannten Voraussetzungen erfülle. Jedoch gäbe es eine gewisse Anzahl an Azubis, die selbst elementarste Bedingungen des Arbeitslebens, wie z.B. morgens aufzustehen und sich zum Arbeitsplatz zu begeben, nicht erfüllen könne. Oskar Brückner sah die Situation der Auszubildenden dagegen weniger positiv. Er warf der Wirtschaft vor, dass in Bayern nur 31 % der Betriebe ausbilden und dass unter denen, die bisher erfolglos nach einem Ausbildungsplatz suchten, durchaus ein großer Anteil über einen Schulabschluss verfüge und trotzdem nicht eingestellt werde. Er betonte, dass man den jugendlichen Ausbildungsplatzsuchenden nicht isoliert betrachten dürfe, sondern dessen Erfolg oder Misserfolg auch durch Umweltfaktoren beeinflusst werde. Hier kritisierte Oskar Brückner vor allem, dass Deutschland das sozial ungerechteste Schulsystem habe und in Bayern deutschlandintern zusätzlich die größte soziale Ungerechtigkeit herrsche. Hermann Zeitler fügte hinzu, dass zu den oben genannten Umweltfaktoren auch der Freundeskreis und die Familie des Jugendlichen zählen. Ein wichtiger Faktor zur Verbesserung der Situation von Schulabgängern und Auszubildenden sei es deshalb, die Verantwortung für die Erziehung sinnvoll zwischen Eltern und Lehrern aufzuteilen.

Jedoch haben sich die Umweltbedingungen der Schüler und Auszubildenden in den letzten ca. 25 Jahren maßgeblich verändert. In den 1960er Jahren hätten Kinder, so Franz Eller und Hermann Zeitler, noch Freizeit gehabt und diese kreativ gestaltet statt wie heute hauptsächlich Medien zu konsumieren. Zwar seien die Schulklassen früher größer gewesen, aber trotzdem sei es den Lehrern gelungen, den Schülern gewisse Erziehungswerte zu vermitteln. Geändert habe sich außerdem, dass es heute Berufe für ganz schwache Schüler, wie z.B. Hilfsarbeiter, kaum noch gebe. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob sich die Schule diesen veränderten Bedingungen anpasst bzw. dies bereits getan hat. Brigitte Tremel erläuterte, dass sich die Schulen in Deutschland gerade hinsichtlich ihrer Erziehungsmethoden stark geändert haben und Schule heute immer mehr Erziehungsaufgaben



übernehme, da sie kompensieren müsse, was viele Elternhäuser in der Erziehung nicht leisten können. Gerade die heutige Hauptschule habe sich den veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen angepasst, indem sie ihre zentrale Aufgabe

in der Berufsvorbereitung sieht. Franz Eller berichtete von zahlreichen Projekten, in denen die Wirtschaft die Schulen bei der Umsetzung dieser Aufgabe unterstützt. Allerdings räumte er ein, dass für die Zukunft eine stärkere Bündelung dieser Maßnahmen wünschenswert wäre. Oskar Brückner ergänzte, dass die Wirtschaft in ihrer Ana-

lyse des deutschen Schulsystems den Kultusministerien voraus sei, da diese oft noch am dreigliedrigen Schulsystem festhalten, das die Dreiklassengesellschaft des 19. Jahrhunderts repräsentiere.

Mehrfach verglich Oskar Brückner das deutsche System mit dem PISA-Sieger Finnland, der z.B. durch Ganztagschulen, eine späte Selektion der Schüler und eine umfangreiche frühkindliche Förderung ein so erfolgreiches Schulsystem vorweisen könne. Allerdings wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, dass der Vergleich des deutschen Schulsystems mit Finnland aus verschiedenen Gründen problematisch sei, z.B. da in finnischen Schulen die Klassengröße weitaus geringer sei als in Deutschland. Die Ganztagschule wurde in der Diskussion als ein sinnvolles Modell auch für Deutschland betrachtet, aber es wurde kritisiert, dass man hierzulande bei der Einrichtung von Ganztagschulen nur halbherzig vorgehe.

Als ein weiteres Problem, das es zu beheben gilt, wurde das negative Image des Lehrers in Deutschland genannt. Dieses halte leistungsstarke Absolventen davon ab, sich für ein Lehramtsstudium zu entscheiden. Die Herausforderung an den Lehrer besteht Brigitte Tremel zufolge darin, dass er bis zu seiner Pensionierung im Kopf jung bleiben müsse, um entsprechend auf seine Schüler eingehen zu können. Dass dies manche Lehrer nicht leisten können, liege u.a. daran, dass viele Lehramtsstudenten keine Vorstellung von den Anforderungen des Lehrberufs hätten und es oft erst zu spät merken, wenn sie diesen nicht gewachsen sind. Aufnahmeprüfungen für das

Lehramtsstudium seien deshalb eine sinnvolle Alternative zur Studienplatzvergabe nach Notendurchschnitt. Ein weiteres Problem seien in diesem Zusammenhang, so Hermann Zeitler, die ständigen Reformen im Schulwesen, die den Lehrern die Motivation nähmen, sich auf jede neue, da ja nur kurzfristig gültige, Reform einzulassen. Fortbildungsangebote für die Lehrer seien natürlich notwendig, aber Hermann Zeitler betonte, dass es wichtig sei, die Lehrer selbst in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft Konzepte für ihre Klassen entwickeln zu lassen. Franz Eller merkte außerdem an, dass das Beamtentum keine gute Motivation für die Lehrer darstelle und mehr Evaluation an Schulen als Leistungsanreiz fungieren könne.



Als Fazit der Diskussion kann festgehalten werden, dass die Verzahnung von Schule, Wirtschaft und Erziehung das Konzept mit dem meisten Potential für eine Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit von Schülern und Auszubildenden darzustellen scheint. Ein Beispiel aus Franz Ellers Unternehmen illustriert dies: Bei der KSB werden einmal jährlich alle neuen Auszubildenden sowie deren Eltern und Berufsschullehrer eingeladen und beschwören gemeinsam ihre Verantwortung für diese Jugendlichen innerhalb der kommenden drei Jahre. Mit dieser Einstellung sei es leicht, so Franz Eller, einen Auszubildenden, der sich problematisch verhalte, wieder zu integrieren.

„UNTERGANG ODER NEUANFANG: FINANZKRISE – QUO VADIS?“

3. Veranstaltung der Bayreuther Gesprächskreise Unternehmen & Verantwortlichkeit, 10. Dezember 2008

Referenten:

Manfred Dill: VR-Bank Bayreuth, Leiter des Vorstandsbüros und der Unternehmensplanung.

Prof. Dr. Bernhard Herz: Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Geld und Internationale Wirtschaft.

Michael Lang: DER AKTIONÄR, Chefredakteur.

Moderation:

Jörg Viebranz: Doktorand an der Universität Bayreuth und Stipendiat im Studienförderwerk Klaus Murmann der Stiftung der Deutschen Wirtschaft.

Der 3. Bayreuther Gesprächskreis der Bayreuther Stipendiatengruppe der Stiftung der Deutschen Wirtschaft befasste sich mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Kerngedanke der Veranstaltung war, interessierten Bürgerinnen und Bürgern Bayreuths die Umstände der Krise verständlich zu machen und einige Unklarheiten durch Expertenwissen aufzuklären.

Zunächst wurden auf dem Podium einige Fragen zur aktuellen Situation auf den Finanz- und Kapitalmärkten mit den anwesenden



Experten diskutiert. Dabei wurde sowohl versucht, die Frage nach den Ursachen der Krise als auch die Frage nach den Konsequenzen, die sich aus ihr für die Re-

alwirtschaft ergeben, zu klären. Darüber hinaus wurden mögliche Wege aus der Krise skizziert.

Zu Beginn eröffnete Prof. Dr. Bernhard Herz mit einer kurzen Erklärung über die Ursachen der Krise die Diskussionsrunde. Er betonte besonders, dass es viel Gründe für die aktuelle Situation gäbe, unter anderem seien hier die expansive Geldpolitik der FED, lockere Kreditvergaben amerikanischer Banken und der anschließende Handel zwischen Banken mit diesen hoch risikobehafteten Krediten zu nennen. Herr Prof. Herz wies darauf hin, dass das gesamte Bankensystem inhärent instabil sei und deshalb den Notenbanken eine zentrale Rolle in der Eindämmung der Krise zukomme. Obwohl er die Krise und die kommende Rezession nicht verharmlosen wollte, sei er überzeugt, dass die aktuelle Krise nicht Ausmaße einer Weltwirtschaftskrise wie in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts annehmen werde.

Herr Lang erklärte im Anschluss, inwiefern Zertifikatgeschäfte mit faulen Krediten und die Unterschätzung der damit verbundenen Risiken durch Ratingagenturen, Versicherungen und Investmentban-

ken zur Krise beigetragen habe. Auf die Frage, in welchem Maße einzelne Bankmanager Schuld am Ausmaß der Krise hätten, pflichtete Herr Dill bei, dass gravierende Fehler seitens der Banken begangen wurden. Besonders bei vielen Aktien-/Geschäftsbanken seien Risiken eingegangen worden, die sie selbst nicht mehr tragen konnten. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass sich die auf einen langfristigen Unternehmenserfolg ausgerichteten Konzepte von Genossenschaftsbanken und Sparkassen in Zeiten dieser Krise sehr bewährt hätten. Im Anschluss daran machte Herr Prof. Herz die Zusammenhänge der Finanzkrise mit der Realwirtschaft deutlich. Zum einen nannte er die Gefahr einer Kreditklemme. Gerade die immer schwieriger werdende Kreditvergabe für große Investitionsprojekte wirke sich zwangsläufig negativ auf die Konjunktur aus. Zum anderen käme noch ein gefühlter Zusammenhang hinzu. Die Finanzkrise würde momentan oft dazu benutzt, unpopuläre Maßnahmen, wie Stellenabbau oder Verlagerungen der Produktionsstätten, durchzuführen. So bringe die Finanzkrise Versäumnisse der Unternehmen der letzten Jahre zum Vorschein, wobei sie nicht selbst den Grund dieser Probleme darstellt. Die Versäumnisse seien in großem Maße die eigentliche Ursache der Probleme in der Realwirtschaft, nicht jedoch die Krise auf den Kapitalmärkten.

Bezüglich der Frage, ob es durch die Krise zu einer radikalen Änderung der Architektur auf den Finanzmärkten oder gar dem Ende des Kapitalismus komme, waren sich alle Diskussionsteilnehmer einig, dass Panikmache und Untergangsszenarien unrealistisch seien. Alles in allem wurde betont, dass das Ende der Krise zwar noch nicht

erreicht sei, jedoch im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems gesunde institutionelle Mechanismen bestünden, die das Ausmaß der Krise beschränken würden. Die vielen privaten Sparer in Deutschland müssten sich keine Sorgen um die Sicherheit ihres auf gewöhnlichen Konten angelegten Geldes machen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre habe zudem dazu beigetragen, dass im Gros die deutschen Unternehmen mit genügend Eigenkapital ausgestattet seien, um die Krise glimpflich zu überstehen.

Zum Abschluss der Expertenrunde wurde noch die Rolle von staatlichen Konjunkturprogrammen diskutiert. Besonders Herr. Prof Herz betonte hierbei den Sinn antizyklischer Fiskalpolitik. Zugleich wies er darauf hin, dass die momentan verabschiedeten Konjunkturprogramme zwar richtig seien, jedoch einen viel zu geringen Umfang aufwiesen, um durchschlagende Erfolge zu erzielen. Im positiven Sinne viel wichtiger für die Konjunktur sei hingegen der momentane Preisverfall im Bereich der Energiewirtschaft. Dies trüge erheblich zu einer Entspannung der Lage bei und sei besser als jedes Konjunkturprogramm. Wichtig sei eine Politik der ruhigen Hand, um punktuell richtige Maßnahmen wie Steuersenkungen zu ergreifen und nicht einem blinden Aktionismus in Form von Konsumgutscheinen zu verfallen. Herr Lang sah den Staat mehr in der Pflicht und behauptete, dass gerade jetzt ein starker Staat wichtig sei, da so durch einen psychologischen Effekt den Bürgerinnen und Bürgern die Angst genommen werde, was wiederum deren Kauflust stimuliere. Herr Dill wies in diesem Zusammenhang auf die hohen Staatsschulden hin und meinte, dass man sich im Hinblick auf die



Generationengerechtigkeit mit staatlichen Strohfeuer Ausgaben durch Konjunkturprogramme zurückhalten müsse.

Anschließend an die Expertendiskussion wurden Fragen aus dem Publikum beantwortet. Hier wurde deutlich, dass viele Zuhörerinnen und Zuhörer vor allem wissen wollten, wie die Krise bekämpft werden kann bzw. was denn noch zu erwarten sei. Während Herr Prof. Herz nochmals darauf hinwies, dass Krisen in dem Ausmaß der jetzigen für ein dynamisches Wirtschaftssystem ganz normal seien, sprach Herr Lang die spezielle Verantwortung der Medien an. Es könne nicht sein, dass einzelne Boulevardjournalisten vom Ende des Kapitalismus redeten und Horrorszenarien aufmalten, die nichts mit der Realität zu tun hätten, jedoch zu zusätzlicher Unsicherheit unter den Bürgerinnen und Bürgern führe.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die drei Experten die Zukunftssorgen vieler Zuhörerinnen und Zuhörer zwar verstünden, jedoch zugleich meinten, die Krise werde nicht zu flächendeckender Armut führen. Somit werde die Krise weder zu einem Untergang der jetzigen Wirtschafts- oder Gesellschaftsform führen noch einen radikalen Neuanfang im Bestehenden bedeuten. Vielmehr werde sich das System in der Krise behaupten. Gerade junge Leute sollten weiterhin auf ihre Stärken vertrauen und das machen, worin sie ihre Leidenschaft und ihr Interesse sehen.

PARTNER UND SPONSOREN DER BAYREUTHER GESPRÄCHSKREISE

Die Stipendiatengruppe Bayreuth bedankt sich herzlich für die großzügige Unterstützung!



Industrie- und Handelskammer
für Oberfranken Bayreuth

